

Freimütige Debatte

Der kürzlich erhobene Vorwurf, der Katholikentag in Ulm habe wie ein "Debattierclub" gewirkt, offenbart einen innerkirchlichen Dissens über die Präsenz und Funktion der Kirche in unserer Gesellschaft. Wenn Demokratie "Wettstreit um die besseren Argumente und politischen Konzeptionen" ist (Hamburger Memorandum deutscher Katholiken aus dem Jahr 2000), dann gibt es für den deutschen Katholizismus wohl kaum einen so geeigneten Ort wie den Katholikentag, um sich mit seinen Positionen in die gesellschaftliche Debatte einzubringen.

In Ulm wurde diese Chance vielfach genutzt. In besonderem Maße ist es dort gelungen, die Arbeit des Katholikentages um das Leitwort "Leben aus Gottes Kraft" thematisch zu konzentrieren und es zur Richtschnur zu machen für christliches Engagement im politischen Raum. Schwerpunkte waren dabei die aktuellen bioethischen Herausforderungen durch die modernen Lebenswissenschaften, der Schutz der Menschenwürde und die Bedeutung der Familie als Kern der Gesellschaft und Angelpunkt sozialer Gerechtigkeit. Sich solchen Themen – auch im qualifizierten Streitgespräch – zu stellen, heißt, Christus und sein Evangelium mitten in die Wirklichkeit hineinzutragen. Darin besteht das in mehr als 150 Jahren gewachsene Selbstverständnis der deutschen Katholikentage.

Nicht minder gehört es zu seinen Aufgaben, solche Fragen aufzugreifen, die Katholiken aus Sorge um die Kirche wichtig sind, und auch hierfür muss der Grundsatz des offenen Dialogs und des Gedankenaustausches gelten.

Ja, der Katholikentag will die freimütige Debatte – zum Nutzen unserer Gesellschaft und als Dienst an unserer Kirche.

Stefan Vesper

10. Jg. Nr. 4 23. August 2004

Inhalt

Wahlfreiheit der Eltern um der Kinder willen sichern Kindertagesbetreuung Markus Warnke	2
Hochschuldidaktisches Desiderat Einheit von Forschung und Lehre nur eine Fiktion? Franz W. Niehl	4
Von der Warteschleife in die Arbeitslosigkeit Bessere Verzahnung von Schule und Betrieb notwendig Ingrid Sehrbrock	6
Missionarisch leben – Begegnung wagen Kampagne zum Monat der Weltmission Gregor Freiherr von Fürstenberg	7
Für ein "normales" Kinderleben Katholikentagskollekte hilft Straßenkindern Michael Krischer	9
Nach Afrika schauen! Entwicklungspolitik und Agrarsubventionen Rupert Neudeck	10
Christen für Europa Treffen Europäischer Christen in Lille	12

Wahlfreiheit der Eltern um der Kinder willen sichern

Ausschließlicher Ausbau von Betreuungsangeboten ist einseitig

"Das Eine tun und das Andere lassen" – das ist, so scheint es, für viele Politiker oftmals die Devise bei der Vorlage politischer Konzepte. Auch in der Familienpolitik scheinen sich viele Politiker derzeit dieses Motto auf die Fahnen geschrieben zu haben. Für die Familien und insbesondere die Kinder ist eine solche einseitige Politik verhängnisvoll – sie untergräbt letztlich die Verantwortungsbereitschaft vieler Eltern.

Das neue Modewort in der Familienpolitik heißt Balance. Dabei geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist ein wichtiges Anliegen, welches sich die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode vorgenommen hat. Eines der Instrumente, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll, ist das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) aus dem Ministerium von Renate Schmidt. Die Familienministerin möchte erreichen, dass das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bis zum Jahr 2010 stark ausgebaut wird. Bis dahin soll die Zahl der Betreuungsplätze für die Kleinsten um mehr als 370.000 Plätze – vor allem in den alten Bundesländern – steigen. Dadurch würde das Angebot bei Tagesmüttern und in Kindertagesstätten ab 2005 von derzeit durchschnittlich 2,7 auf rund 20 Plätze je 100 Kinder unter drei Jahren steigen. Die neuen Plätze stehen in erster Linie allein erziehenden Erwerbstätigen sowie Familien mit besonderen Belastungen wie pflegebedürftigen Angehörigen zur Verfügung.

Kommunen werden nicht in Betreuungseinrichtungen investieren

Das Anliegen der Bundesregierung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, ist wichtig und richtig. Denn ein gut ausgebautes Betreuungssystem ist für viele Eltern und insbesondere für Frauen eine wertvolle und notwendige Hilfe, um Erwerbs- und Familienarbeit besser miteinander vereinbaren zu können. Investitionen in die Kinderbetreuung sind damit ein Weg zu mehr Chancengleichheit der Geschlechter und können Eltern die Entscheidung für ein Kind erleichtern.

Die Ausweitung des Angebotes von Tagesbetreuung ist aber vornehmlich eine Aufgabe der Kommunen. Diese können mit ihren Einnahmen zur Zeit jedoch noch nicht einmal die laufenden Kosten decken, geschweige denn neue Anforderungen erfüllen. Mit den geplanten Einsparungen aus der Umsetzung des Hartz-IV-Gesetzes, mit denen die zusätzlichen Kinderbetreuungsplätze nach den Vorstellungen von Renate Schmidt finanziert werden sollten, wollen die Kommunen daher lieber ihre Etatlöcher stopfen. An weitere Investitionen und die Folgekosten für Kindertagesstätten mögen Städte und Gemeinden jetzt nicht denken. Es zeigt sich als Fehler, dass ein so wichtiges Reformvorhaben wie das TAG mit Geldern aus einem anderen wichtigen Reformprojekt (Hartz IV) der Bundesregierung finanziert werden sollte – zumal es kein rechtliches Mittel gibt, die Kommunen zur Investition in Betreuungseinrichtungen zu zwingen.

Kinder als "Karrierehandicap"

Unabhängig von den Finanzierungsproblemen zeigt die öffentliche Diskussion einen weiteren Kritikpunkt: Die Akzentuierung des TAG liegt zu eindeutig auf der Betreuung. Viele politische Akteure vermitteln den Eindruck, dass alle Eltern bestrebt sind, erwerbstätig zu sein. Dahinter steht die ideologische Zielsetzung, Vater und Mutter müssten für die Familie gemeinsam aufkommen und sich in der Erwerbsarbeit verwirklichen können, wodurch zudem eine vermeintliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden könne. Kinder sind so gesehen ein "Karrierehandicap" und der Ausbau von Betreuungseinrichtungen auf den ersten Blick scheinbar die einzige Lösung.

Dabei ist jedoch gerade eine qualitative Verbesserung der Betreuungsangebote wichtig. Eine Umfrage des Familienbundes der Katholiken auf dem diesjährigen Katholikentag in Ulm stützt diese Anforderung. Denn die Gefragten hielten weniger eine Ganztagsbetreuung als vielmehr einen qualitativen Ausbau von Betreuung und eine finanzielle Entlastung für ihre Erziehungsleistung als wichtiges familienpolitisches Ziel. Die öffentliche Auseinandersetzung orientiert sich fast ausschließlich an den vermeintlichen Bedürfnissen der Erwachsenen und weniger an denen ihrer Kinder. Vordringliches Ziel einer verbesserten Betreuung muss aber die Förderung von Kindern sein. Und zunächst gilt es

festzuhalten, dass die Familie der zentrale und beste Ort der Förderung von Kindern ist.

Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit der Eltern fördern

Nach unserem Verständnis und allgemeiner gesellschaftlicher Auffassung hat das elterliche Erziehungsrecht Vorrang vor den Bemühungen des Staates und der Gesellschaft um die Kindererziehung (vgl. GG Art. 6 Abs. 2). Der Erziehungsleistung der Eltern muss von daher mit der gleichen gesellschaftlichen Wertschätzung begegnet werden wie der Erwerbsarbeit. Kinder zu fördern bedeutet auch, Erziehung, Bildung und Betreuung als gleichwertig anzuerkennen. Es ist die primäre Aufgabe von Staat und Gesellschaft, die Erziehungsbereitschaft und -fähigkeit der Eltern zu unterstützen und zu stärken. Wenn vor diesem Hintergrund Lösungen für eine verbesserte Tagesbetreuung gesucht werden, ist der richtige Ansatz gefunden.

Nur wenn dem Kindeswohl der Vorrang vor den arbeitsmarktpolitischen Notwendigkeiten oder zeitgeistigen Suggestionen eingeräumt wird, lassen sich Leitlinien für den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur entwickeln. Dazu gehört das Recht des Kindes auf umfassende individuelle Förderung, welches nicht von gesellschaftlichen Anforderungen an das Kind überlagert werden darf. Ungeachtet der Elternrechte liegt es auch in der öffentlichen Verantwortung, dass die Kinder bis zum Schuleintritt elementare Kompetenzen (Selbst-, Sozial- und Sachkompetenzen) erworben haben. Zwischen Erzieherinnen, Erziehern und Eltern sollte eine sich gegenseitig wertschätzende Erziehungspartnerschaft bestehen. Betreuungseinrichtungen sollten als Instrument zur Förderung der Erziehungskompetenz und als Ort der Elternbildung genutzt werden. Ebenso ist der Ausbau der Tagespflege ein begrüßenswerter Ansatz. Bei allen Vorschlägen gilt es aber festzuhalten, dass die Rolle der Mutter und des Vaters weder durch Erzieherinnen, Erziehern oder Tageseltern ersetzt sondern allenfalls ergänzt werden kann.

Wahlfreiheit der Eltern fördern

Was ist aber mit den Eltern, die sich für die alleinige Erziehung ihrer Kinder entschieden haben? Profitieren sie vom Ausbau der Betreuungsein-

richtungen? Oder wie steht es mit der Balance der Eltern, die gerne die Erziehung ihrer Kinder übernehmen würden, aber aus finanziellen Zwangsnotwendigkeiten auf zwei Gehälter angewiesen sind? Der Ausbau von Betreuung ist erforderlich, aber nicht ausschließlich deshalb, weil die Idealvorstellung der berufstätige Vater und die berufstätige Mutter sind. Der Staat ist vielmehr aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Eltern frei entscheiden können, in welchem Umfang sie die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder selbst übernehmen. Zur echten Wahlfreiheit gehört deshalb auch eine plural ausgerichtete, qualitativ gut ausgestattete, bedarfsdeckende Struktur von Betreuungsangeboten, die den Bedürfnissen der Kinder, sowie den Anforderungen der Eltern Rechnung trägt. Zu den Voraussetzungen für die Wahlfreiheit der Eltern zählen aber ganz elementar auch die materiellen und strukturellen Rahmenbedingungen. Die finanzielle Absicherung spielt immer noch die wichtigste Rolle bei der Gründung von Familien. Dies belegt eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Landesregierung. Ein weiteres Beleg sind die Geburtenraten, die insbesondere in den Landstrichen besonders hoch sind, wo ausreichend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und finanzielle Förderung der Familien

Eine nachhaltige, bevölkerungsbewusste Familienpolitik muss deshalb neben dem Ausbau der Betreuungsinfrastruktur auch eine stärkere finanzielle Förderung der Familien und die Beseitigung der strukturellen Benachteiligung von Familien in Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel haben. D.h., es darf nicht nur das eine getan werden (Ausbau von Betreuung), um das andere dafür zu lassen (Abbau von strukturellen und finanziellen Defiziten). Eine ausbalancierte Familienpolitik setzt an beiden Punkten an. Denn eine einseitige familienpolitische Ausrichtung bringt diese selbst aus dem Gleichgewicht.

Dr. Markus Warnke, Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken

Hochschuldidaktisches Desiderat

Einheit von Forschung und Lehre nur eine Fiktion?

Semester für Semester wiederholt sich das- selbe Stück: In jeder Woche werden hun- derttausende von Stunden vertan, weil Pro- fessoren nicht in der Lage sind, ihre Semina- re didaktisch angemessen zu strukturieren und methodisch abwechslungsreich zu ge- stalten. Hier geht nicht nur wertvolle Le- benszeit der Studentinnen und Studenten verloren; hier werden in einer fruchtbaren Lebensphase Bildungsmöglichkeiten ver- spielt, hier leidet die Motivation für das Studium und nicht zuletzt wird die Studien- zeit unnötig verlängert. Wenn ein Missstand so offenkundig ist, warum ändert sich dann nichts?

Natürlich sind Professorinnen und Professoren bestrebt, ihre beruflichen Anforderungen gut zu erfüllen. Mehrere Untersuchungen haben nachge- wiesen, dass Wissenschaftler/innen an Hochschu- len ein hohes Berufsethos haben. Woran liegt es dann? Aufschlussreich ist schon der Blick auf den Werdegang künftiger Dozentinnen und Dozen- ten: Sie sind in der Regel junge Wissenschaft- ler/innen, die durch herausragende Leistungen in ihrem Fach auf sich aufmerksam machen. Entspre- chend schreiben sie eine Dissertation mit über- durchschnittlichem Prädikat, veröffentlichen in Fachzeitschriften und arbeiten schließlich an ihrer Habilitation. Aus dem Echo auf diese Aktivitäten entwickeln sie ihr Selbstverständnis und ihr Selbstwertgefühl als Wissenschaftler.

Lehren nicht gelernt

Die Fähigkeit zu lehren spielt in dieser berufli- chen Prägephase eine deutlich untergeordnete Rolle. Sie wird kaum verlangt und nicht systema- tisch gefördert. Diese Konstellation bleibt im Prinzip während der gesamten universitären Lauf- bahn bestehen: Die Achtung im Kollegenkreis, die nationale und internationale Reputation beziehen sich durchweg auf Forschungsergebnisse bzw. auf Veröffentlichungen. Eine Schlüsselfrage lautet also: Wann und durch wen erhalten Dozentinnen und Dozenten Anerkennung dafür, dass sie er- folgreiche und angesehene Lehrerinnen und Leh-

rer sind? Betrachtet man die real existierende Hochschule, so vermittelt sie eher die gegenteilige Erfahrung: Wer in der Lehre gut ist, wird dafür be- straft! Wer interessante und ertragreiche Lehrver- anstaltungen hält, hat in der Regel mehr Arbeit. Weil die Studentinnen und Studenten ihn stärker in Anspruch nehmen, steigen auch seine Belastun- gen: Die Sprechstunden dauern länger, die Zahl der Prüfungen ist höher, die Korrekturen der Ar- beiten kosten mehr Zeit. In der Konsequenz bleibt weniger Energie für die Forschung und damit sinkt der universitäre Marktwert.

Interesse an der Lehre wecken

Die prekäre Situation der Lehre wurde durch die Sparzwänge in den letzten Jahren noch verschlim- mert. In vielen Fachrichtungen wurde der akademi- sche Mittelbau ausgedünnt, weil die Ordinarien be- strebt waren, möglichst viele Lehrstühle zu erhal- ten. Damit wurden gerade jene Stellen reduziert, die in den siebziger und achtziger Jahren aus hoch- schuldidaktischen Gründen eigens geschaffen wur- den. Ihr Schwerpunkt sollte nicht die Forschung sein, sondern die Lehre. Dadurch sollte die Stu- dienbegleitung verbessert und der Erwerb von Grundlagenwissen gesichert werden. Wer heute solche Stellen streicht, trägt aufs Ganze gesehen zur weiteren Verschlechterung der Lehre bei.

In der Weiterentwicklung der Hochschulen ver- dienen deshalb hochschuldidaktische Ziele erhöhte Aufmerksamkeit. Praktisch heißt das: Wie kann das Interesse von Hochschullehrerinnen und Hoch- schullehrern an der Lehre geweckt und gestärkt werden? Inhaltlich ergeben sich zwei weitere Fra- gen:

- Wie können Lehrveranstaltungen so strukturiert werden, dass zentrale Inhalte der Disziplin er- schlossen werden und dass zugleich in elementa- re Methoden des fachspezifischen Denkens und Forschens eingeführt wird?
- Wie kann in der methodischen Anlage der Lehr- veranstaltungen die Motivation der Studierenden gefördert und ein aufbauendes Lernen erreicht werden? Hier liegen Einsichten der Lernpsycho- logie, der pädagogischen Methodenlehre und der Erwachsenenbildung bereit, die leicht zu nutzen wären.

Derartige Überlegungen sind keineswegs neu. Ich habe sogar den Eindruck, dass das hochschuldidak- tische Problembewusstsein in den siebziger Jahren

ausgeprägter war als heute. Deshalb sollte bei allen Folgerungen und Maßnahmen auch die Frage mitbedacht werden, warum bisherige Lösungsansätze nicht zum angestrebten Ergebnis geführt haben.

Politik und Hochschule als Verbündete

Damit stoßen wir auf ein entscheidendes politisches Problem: Unter welchen Bedingungen scheitern Versuche, Hochschulen zu verändern, und unter welchen Bedingungen besteht die Aussicht, dass Reformen – zumindest teilweise – gelingen? Eine erste nahe liegende Einsicht muss lauten: Die Chancen zu grundlegenden Veränderungen sind umso größer, je mehr sich Wissenschaftspolitik und Hochschulen als Verbündete erleben. Wer Universitäten gegen den Widerstand des Lehrkörpers verändern will, stolpert dagegen von einer Niederlage zur nächsten. Deshalb gilt es, jene Initiativen zu fördern und zu intensivieren, die sich seit längerem mit hochschuldidaktischen und methodischen Veränderungen an Hochschulen befassen.

Mit ihnen und mit vielen andern Instanzen der Hochschulen sollten folgende praktische Fragen vorangetrieben werden:

- Wie kann sicher gestellt werden, dass junge Wissenschaftler/innen (schon vor ihrer Berufung auf einen Lehrstuhl) ausreichende didaktische Kenntnisse und methodische Fähigkeiten erwerben?
- Wie kann erreicht werden, dass die Befähigung zur Lehre ein wichtiges - und nachgewiesenes – Kriterium in Berufungsverfahren darstellt?
- Welche Fortbildungsangebote brauchen junge Wissenschaftler/innen (z. B. Rhetorik-Seminare, Einführung in Korrektur- und Prüfungsverfahren, Training in kollegialer Beratung etc.)?
- Welche Fortbildungsangebote und welche Fortbildungsverpflichtungen sollten grundsätzlich für Lehrerinnen und Lehrer an Hochschulen vereinbart werden?
- Welche Maßnahmen (Gremien, Projekte, ...) kann jede einzelne Hochschule ergreifen, damit die Qualität ihrer Lehre erhöht wird?
- Welche Kompetenz von außen brauchen Hochschulen zur Verbesserung ihrer Lehre und wer stellt diese Kompetenz bereit?

- Wie können Studierende angemessen und konstruktiv in derartige Prozesse eingebunden werden?
- Wie können Erfahrungsaustausch und Wettbewerb zwischen den Hochschulen auf didaktischem und methodischem Gebiet – national und international – gefördert und institutionell gesichert werden?
- Wie können derartige Veränderungen so gestaltet werden, dass ihre Ergebnisse überprüfbar sind und dass sie zu einem kontinuierlichen Lernprozess an der jeweiligen Hochschule führen?

Im Hintergrund derartiger konkreter Schritte steht jene entscheidende sozialpsychologische Frage, auf die schon hingewiesen wurde: Wie kann erreicht werden, dass Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer mehr Anerkennung für ihre Leistungen im Bereich der Lehre erhalten? Es wäre naiv, diese Frage zu reduzieren auf moralische Appelle. Vielmehr gilt, Anerkennung umfasst materielle und ideelle Aspekte. Sie hat auch viel zu tun mit den Strukturen des Arbeitsplatzes Hochschule. Anerkennung erlebt jemand am ehesten dort, wo er Verantwortung übernimmt. Wenn aber viele Hochschulen so organisiert sind, dass Lehrende und Studierende füreinander anonym bleiben, entsteht kaum eine personale Verantwortung der Lehrenden für den Lernerfolg der Studierenden.

Lehrveranstaltungen als dialogische Suche nach Erkenntnis

Spiegelbildlich betrachtet: Man kann Lehrveranstaltungen als dialogische Suche nach Erkenntnis gestalten. Man kann Studiengänge so organisieren, dass Lehrende relativ konstante Lerngruppen begleiten und sich für sie verantwortlich wissen. Aber damit sind wir bei einem neuen Thema und betreten zugleich ein weites Feld. Konkreter: Wenn die Hochschulen nicht fähig sind, ihre Leistungen auf dem Gebiet der Lehre entscheidend zu verbessern, muss geprüft werden, ob die oft beschworene Einheit von Forschung und Lehre nicht zur Fiktion geworden ist. Dann aber muss man sich Gedanken machen, ob eine stärkere Trennung von Forschung und Lehre (z. B. Lehrprofessuren oder Lehruniversitäten) das Problem lösen könnte.

Franz W. Niehl, Mitglied im ZdK

Von der Warteschleife in die Arbeitslosigkeit

Bessere Verzahnung von Schule und Betrieb notwendig

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) rechnet damit, dass in diesem Herbst rund 90.000 Schüler ohne Hauptschulabschluss auf den Lehrstellenmarkt zukommen. Für diese Jugendlichen wird es auf dem Lehrstellenmarkt kaum eine Perspektive geben; ein katastrophaler Start in ein unsicheres Berufsleben.

Eigentlich ist es eine Binsenweisheit: Ohne abgeschlossene Lehre ist in dieser Republik ein beruflicher Einstieg schwer, wenn nicht ausgeschlossen. Durchschnittlich bleiben in Deutschland etwa 13 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs ohne Berufsabschluss. Sie brechen die Ausbildung ab, suchen keinen Ausbildungsplatz mangels Erfolgchancen, bleiben trotz Bewerbungen erfolglos oder nehmen einen Ausbildungsplatz nicht an. In Deutschland sind das derzeit 600.000 Jugendliche. Die Folgen für die Betroffenen sind bekannt. Ohne Berufsabschluss landen viele in Gelegenheitsjobs, in un- und angelernten Tätigkeiten mit niedrigem Einkommen und geringer sozialer Absicherung.

Der Ausbildungsstellenmarkt entwickelt sich seit Mitte der neunziger Jahre derart katastrophal, dass Jugendliche mit Realschulabschluss auf der Strecke bleiben. Noch 1999 betrug das bundesweite Angebot an Ausbildungsplätzen ca. 631.000, im Jahre 2003 ist dieses Angebot auf etwa 560.000 abgesunken.

Deutsches Schulsystem verstärkt soziale Benachteiligung

Bund, Länder und die Bundesagentur für Arbeit haben in dieser Notlage andere Wege der beruflichen Bildung eröffnet: außerbetriebliche Ausbildung in Schulen, in Ausbildungsstätten der Kammern und der freien Träger, Maßnahmen der Berufsvorbereitung, Bewerbungstraining etc. So gut dies alles gemeint ist, so wenig kann es sinnvoll sein, immer mehr "Warteschleifen" für solche Jugendliche zu kreieren, wenn ihnen dann doch der Zugang zum Beruf verwehrt bleibt.

Pisa, die internationale Schulleistungsstudie, hat gerade dem deutschen allgemein bildenden Schul-

system nachgewiesen, dass es soziale Benachteiligung verstärkt. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulabschluss ist nirgendwo so auffällig wie in Deutschland. Wie können Jugendliche angesichts dieser Problematik besser in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden? Vorschulangebote für alle Kinder könnten Ausbildungs- und Lebenschancen verbessern. Ganztagschulen könnten anbieten, was manche Elternhäuser nicht zu leisten imstande sind: ergänzende musische Angebote, Sport, Mitarbeit in den unterschiedlichen Neigungsgruppen, Stützkurse in den Hauptfächern. Eltern sollen sich nicht ihrer Verantwortung entziehen, aber Schule muss auch individuell begleiten und fördern und so bessere Voraussetzungen für Schulabschlüsse schaffen.

Anschlussfähige Berufsausbildung fördern

Wer heute die Schule nicht abschließt oder in der Ausbildung versagt, hat oft die Schule satt, kein Selbstvertrauen, hat Probleme in der Familie. Manche haben schon kriminelle Karrieren hinter sich, verhalten sich auffällig oder sind gewalttätig. Mangelnde Intelligenz ist oft das geringste Problem. Meistens kumulieren mehrere Probleme, die Jugendliche mit sich und der Welt haben.

Begleitende Hilfen als Regelangebot in der Berufsausbildung wie in der Schweiz sind nur konsequent, wenn man erkennt, dass Jugendliche mit Stärken und Schwächen in der Ausbildung ankommen. Der Handwerksmeister, der abends mit dem Azubi Fachrechnen übt oder Rechtschreibung, ist heute die Ausnahme. Wir brauchen aber Ausbilder, die jungen Leuten eine Chance geben, auch dann, wenn die Zeugnisse nicht ganz so sind wie sie sein sollten. Oft ist die Praxis eine bessere Lehrmeisterin als alle Lehrer zusammen. Und das neu gewonnene Selbstvertrauen gibt den Anstoß dafür, Schulabschlüsse nachzuholen. Moderne Berufsbildungssysteme müssen durchlässig und anschlussfähig bis zur Hochschule sein, auch um europaweit bestehen zu können. Es muss zweite und dritte Chancen auch denen ermöglichen, die den Wert beruflicher Bildung erst spät erkennen. Karriere mit Lehre darf kein Schlagwort bleiben. Wer aber das duale Ausbildungssystem wegen seiner exzellenten Verzahnung von Betrieb und Schule will, muss dual ausbilden.

Ingrid Sehrbrock, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB und Mitglied im ZdK

Missionarisch leben – Begegnung wagen

Kampagne zum Monat der Weltmission

Drei Millionen Muslim/innen leben in Deutschland. Als Mitbürgerinnen und Mitbürger bringen sie ihre eigenen Lebensweisen, Strukturen und Zielsetzungen in das gesellschaftliche Leben ein und wollen den öffentlichen Raum von ihrem Glauben her mitgestalten. Diese sichtbare Präsenz gelebten muslimischen Glaubens verunsichert und schafft Berührungspunkte, die die Bedeutung des interreligiösen Dialogs für eine gelungene Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger unterstreichen.

Nicht erst seit dem 11. September 2001, seit den Anschlägen von New York und Washington, engagieren sich viele Christ/innen für den interreligiösen Dialog, hier in Deutschland und weltweit. Sie machen die Erfahrung, dass die Begegnung mit Angehörigen nicht-christlicher Traditionen nicht nur das gegenseitige Verständnis füreinander wachsen lässt, sondern auch den eigenen Glauben durch die Begegnung mit den unterschiedlichen Offenbarungen Gottes in den verschiedenen Kulturen bereichern kann.

Orientierungslosigkeit als Herausforderung

Im Rahmen der Projektarbeit und Menschenrechtsarbeit fördert das internationale katholische Missionswerk missio seit langem den Dialog über Möglichkeiten und Schwierigkeiten einer christlich-islamischen Zusammenarbeit, auch in Ländern, die stark von religiös-fundamentalistischen Strömungen bestimmt sind und die Einhaltung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit nicht gewährleisten. Der Sudan, Iran, Indonesien, Pakistan und Nigeria bilden nur die Spitze des Eisberges. Die Kampagne zum Monat der Weltmission im Oktober 2004 stellt dieses kirchen- und gesellschaftspolitisch sensible Thema nun bewusst als Herausforderung für eine missionarische Kirche in Deutschland in den Vordergrund und macht deutlich: Christ/innen können sich der Zusammenarbeit mit Menschen anderer Religionen und Weltanschauungen öffnen, weil das Reich Gottes auch jenseits kirchlicher Grenzen Wirklichkeit wird. Diese Glaubensüberzeugung gerade auch den Christ/innen zu vermitteln, die sich

durch die neuen Ansätze interreligiöser Begegnung verunsichert fühlen und die darin nicht mehr sehen können als einen Beweis "der Orientierungslosigkeit des neu-katholischen Religionsglaubens" (H.P. Raddatz), ist eine besondere Herausforderung der Kampagne.

Vatikanisches Konzil zu den Muslim/innen: "Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Moslems, die den alleinigen Gott anbeten, den lebendigen und in sich seienden, den barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat." (Nostra aetate Nr. 3)

Dialogische Grundhaltung

Um von der Ebene der Sonntagsreden auf die Ebene der Praxis zu kommen, darf der interreligiöse Dialog nicht auf eine naive positive Sicht eigener und fremder religiöser Praxis verkürzt werden. Genau so wenig wie eine Gleichsetzung von Islam, Fundamentalismus und Terrorismus vorgenommen werden kann, ist eine Idealisierung der durchaus unterschiedlichen Vertreter des Islam in Deutschland hilfreich. Hier wird das Gespräch mit Muslim/innen in der eigenen Nachbarschaft, an der eigenen Schule etc. ein wichtiger Ausgangspunkt sein. Aus christlicher Sicht ist entscheidend, dass sich eine dialogische Grundhaltung und die Achtung vor den Glaubensüberzeugungen der Anderen in konkretes Handeln übersetzt. Das kann unter anderem bedeuten, ...

- ... sich dafür einzusetzen, dass das Zusammenleben mit Muslim/innen in Deutschland nicht durch Klischees und Feindbilder behindert oder gar verhindert wird. Es geht darum, Formen eines ehrlichen und offenen Zusammenlebens zu entwickeln und einzuüben, die auch den aus unvereinbaren Gegensätzen erwachsenden Spannungen standhalten.
- ... in der pluralen Gesellschaft Deutschlands Räume zu schaffen, in denen Menschen ohne Zwänge ihr Glaubensleben gestalten können und vom christlichen Glauben her solidarisch Stellung beziehen, wenn es um die Belange des religiösen Lebens von Minderheiten in andersgläubiger Mehrheitsumgebung geht.
- ... Kindergarten und Schule als Orte des praktischen Zusammenlebens, als Lernorte nicht nur christlicher, sondern auch muslimischer Identitätsbildung wahrzunehmen, an denen interreli-

giöses und interkulturelles Zusammenleben eingeübt werden muss. Es kann bedeuten, sich dafür einzusetzen, dass solche und andere Orte religiöser Identitätsbildung erhalten oder geschaffen werden und das Recht aller Menschen, ihrer Religiosität im öffentlichen Leben Geltung zu verschaffen, Anerkennung findet.

- ...den Dialog besonders mit den Einzelnen und Gruppen zu suchen und zu fördern, die sich dagegen wehren, dass ihre Glaubensüberzeugungen benutzt werden, um Unterdrückung zu rechtfertigen.

Christen als Vorreiter interreligiöser Dialogs

Was wir in Deutschland zunehmend erfahren, nämlich das Zusammenleben mit Menschen anderer religiöser und kultureller Zugehörigkeit, prägt auch das Leben der Gemeinden in Afrika und Asien. Christ/innen leben dort häufig als kleine Minderheiten in einer nicht christlich geprägten Umwelt und sind dabei nicht selten Vorreiter für den interreligiösen Dialog. In einer Welt, in der der Friede täglich neu bedroht ist, in einer Welt, die von Gewalt geprägt ist, versuchen sie, im Gebet und in einem gemeinsam gelebten Alltag ein Stück Frieden zu bauen. Dabei werden folgende Dialogformen unterschieden:

- Der Dialog des Wortes (theologischer Dialog) wird in der Regel von den Fachleuten, von den Theologen und den Kirchenvertreter/innen geführt.
- Der Dialog des täglichen Lebens (gemeinsame Aktion) wird von den "Laien" geführt, die im Alltag am selben Ort, in der selben Stadt, im selben Haus miteinander leben. Durch ihre Art der Lebensgestaltung als Christ oder Muslim vermitteln sie dem Anderen ein Bild von dem, was ihren eigenen Glauben ausmacht.
- Der Dialog des Handelns ist dem Dialog des Lebens ähnlich. Während beim Dialog des Lebens das gegenseitige Verständnis, der gegenseitige Respekt durch das alltägliche Miteinanderleben wächst, steht beim Dialog des Handelns für die Beteiligten im Mittelpunkt, wie mit alltäglichen und auch außergewöhnlichen Situationen und Herausforderungen umgegangen wird.
- Im Dialog der religiösen Erfahrung teilen Menschen, die in ihren eigenen Gottes- und Gebetserfahrungen verwurzelt sind, miteinander

den spirituellen Reichtum ihrer religiösen Traditionen.

In einer Welt, in der Spannungen und Konflikte bis hin zu Hass und Terror häufig unter religiösen Vorzeichen auftreten, kommt dem Dialog der religiösen Erfahrung eine besondere Bedeutung zu. Die Gebetseinladung "Friede den Fernen und den Nahen", mit der missio und die kfd (Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands) Christ/innen und Muslim/innen in Deutschland in diesem Jahr einladen, sich im Gebet der gemeinsamen Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bewusst zu werden, ist ein Versuch, diesen Dialog zu fördern und bei allen Unterschieden das Gemeinsame der verschiedenen Traditionen als Basis für ein achtsames und friedvolles Miteinander zu suchen.

Dialog durchbricht Teufelskreis von Anschlag und Gegenmaßnahme

"Interreligiöser Dialog ist ein von Gott gewolltes Werk", so hat Johannes Paul II. in Assisi erklärt. Durch den interreligiösen Dialog geben wir Gott Raum, in unserer Mitte gegenwärtig zu sein. In dem Maße, wie wir uns gegenseitig im Dialog öffnen, öffnen wir uns für Gott. Interreligiöser Dialog ist im Innersten immer ein Dialog des Heils, weil er versucht, die Zeichen des Dialogs, den Gott seit Menschenbeginn führt, zu entdecken, zu klären und zu verstehen. Nach Gottes Willen ist die Entwicklung der Menschheit eine geschwisterliche Pilgerreise, in der wir auf das Ziel hin, das Gott uns gesetzt hat, einander begleiten. Entweder gehen wir miteinander in Frieden und Harmonie oder wir gehen auseinander und fügen uns und den anderen Schaden zu.

Die weltpolitische Lage demonstriert jeden Tag aufs Neue die Notwendigkeit, den interreligiösen Dialog trotz aller Schwierigkeiten immer wieder neu zu versuchen. Wo Gläubige beider Religionen miteinander Gebete und Texte aus ihren Heiligen Schriften lesen und die anders glaubenden Menschen als mitpilgernde Schwestern und Brüder verstehen, wird der Teufelskreis von Anschlag und Gegenmaßnahme, von Feldzug und Kriegserklärung durchbrochen.

Dr. Gregor Freiherr von Fürstenberg, missio Aachen, Mitglied im ZdK

Für ein "normales" Kinderleben

Katholikentagskollekte hilft
Straßenkindern

Erstmals auf einem Katholikentag präsentierten sich in Ulm die kirchlichen Hilfswerke gemeinsam in einer Kooperation "Sechs Werke für die Eine Welt". Auf der Eine-Welt-Bühne am Münster und mit zahlreichen Veranstaltungen verliehen sie dem Programm einen starken weltkirchlichen Akzent. Im Blick war besonders die Situation der Straßenkinder weltweit.

Viele Besucher des Katholikentags fanden das toll. Da hissen die katholischen Hilfswerke Adveniat, Caritas International, Misereor, Missio Aachen und München, Päpstliches Missionswerk der Kinder, Sternsinger und Renovabis zusammen das weltkirchliche Segel. Gemeinsam in einem Boot – ein schönes Emblem dieser Kooperation – sind sie auf Kurs 'Eine Welt', fest in der einen Sendung Christi, mit dem universalen Ziel der Versöhnung mit Gott und der Menschen untereinander.

Die verschiedenen Dienste der gemeinsamen Sendung wurden auf der großen Eine-Welt-Bühne auf dem Münsterplatz lebendig. Durch Gespräch und Information, bei Musik und Gebet, wurden die zahlreichen Besucher durch die Welt geführt: vom Popocatepetl bis nach Feuerland, und von St. Petersburg bis nach Afrika. Jedes Werk stellte aus seiner spezifischen Kompetenz exemplarisch die Arbeit mit Straßenkindern unterhaltsam und informativ dar. Der überfüllte weltkirchliche Gottesdienst mit Bischof Kamphaus und Gästen aus aller Welt, die viele tausend Segensbändchen mit persönlichen Friedens- und Segenswünschen, das überdimensionale Kindershirt für Kinderrechte, sowie die größte Ulmer Kaffeetafel mit köstlichen Produkten aus fairem Handel.

Weltweit gibt es ca. 100 Millionen Straßenkinder. Sie leiden unter Mangelernährung, Diskriminierung, Missbrauch und Ausbeutung. Sie werden als Kindersoldaten abgerichtet und immer mehr sterben schon in jungen Jahren an AIDS. Die vorgestellten Projekte der einzelnen Werke waren überzeugend und fanden großzügige Unterstützung. Allein durch die Kollekten des Katholikentags, vom ZdK in diesem Jahr dankenswerterweise dem Anliegen der Werke zugewidmet, kamen

über 70.000 Euro zusammen, weit mehr als bei den Kollekten früherer Katholikentage.

Der Jahrzehnte lange Bürgerkrieg im Sudan lässt immer mehr von ihnen zurück: Waisenkinder und ehemalige Kindersoldaten. In einem Projekt der Diözese Wau im Südsudan mit Missio München sollen sie betreut und auf die Rückkehr in ein normales Leben vorbereitet werden – es geht um Traumabewältigung und Rehabilitation.

Zehn Prozent unter den insgesamt 3.500 Kindern dort sind ehemalige Kindersoldaten, d. h. Kinder, die Rebellen entführt und zum Töten gezwungen hatten. Es sind auch einige Mädchen darunter; diese haben die Soldaten mitgenommen, um ihr Vergnügen an ihnen zu haben. Nicht selten mussten die Kinder und Jugendlichen gute Bekannte, Stammesmitglieder, Freunde und Verwandte töten.

Diese Kinder sind traumatisiert, drogensüchtig, unterernährt, heimatlos. Sie brauchen eine gezielte psychologische Betreuung neben der medizinischen, ein (Zelt)dach über dem Kopf und Nahrung. Der Umgang mit ihnen erfordert viel Geduld und Einfühlungsvermögen. Ganz allmählich werden sie von ihren Betreuern hingeführt zu einem "normalen" Kinderleben mit Schulbetrieb, Sport und Spiel.

Schwester Martha kann den Kindern zwar Behelfsunterkünfte anbieten – sogar die Schule ist ein vielfach geflicktes Zelt – aber Liebe und Fürsorge kommen zu kurz. Die Kinder erhalten Mahlzeiten, Kleidung und Medikamente. Sie leben mit anderen Kindern zusammen und lernen ein Leben kennen, das sie schon ganz vergessen hatten, in dem es Freundschaft und Zusammenhalt gibt und ethische Wertvorstellungen.

Neben der Schule können sich die älteren Kinder handwerklich betätigen, z. B. kleinere Schreinerarbeiten ausführen. Vielen macht es Spaß, selbst etwas herzustellen. Auch für die pastorale Begleitung der Kinder sorgen die kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Helpen Sie mit!

Möchten Sie sich noch an der Katholikentags-Kollekte beteiligen? Dann richten Sie Ihre Spende an den 95. Deutschen Katholikentag Ulm 2004, Stichwort "Straßenkinder", Konto-Nr. 21 00 56 37, BLZ 630 500 00.

Dr. Michael Krischer, Missio München

Nach Afrika schauen!

Vom Kohärenzproblem der europäischen Entwicklungspolitik

Nach dem "Stolpern" der Doha-Handelsrunde im vergangenen Jahr in Cancún (Mexiko) ist es den 147 Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation endlich gelungen, den Anfang vom Ende der handelsverzerrenden Agrarsubventionen zu machen. Abzusehen ist das Ende dieser ungerechten Exporthilfen für landwirtschaftliche Produkte aus den Industrieländern allerdings damit noch nicht. Zweifel sind angebracht, ob aus der Absicht auch tatsächlich Taten erwachsen. Besteht noch Hoffnung für Afrika?

"Für mich entscheidet sich die Menschlichkeit unserer Welt am Schicksal Afrikas. Ist es nicht eine Frage der Selbstachtung Europas, sich mit Blick auf unsere eigenen Fundamente, unsere Werte und Geschichte in Afrika ehrlich und großzügig zu engagieren?" So sprach bisher noch kaum ein Politiker in Deutschland. Nicht einmal von Willy Brandt konnte man eine so mit Afrika sympathisierende Stimme hören. Es ist der Bundespräsident Horst Köhler, der das am 1. Juli 2004 in seiner Rede sagte. Die Nachrichten verschluckten diesen Passus, der von Köhler sehr zentral gemeint war.

Entwicklungspolitik steht auf dem Spiel

Die Frage bleibt aber europapolitisch – auch für die neue WTO-Welthandelsrunde: Was heißt großzügig, was heißt ehrlich? Wieder geht es nicht ehrlich zu, wieder geht es nicht europäisch zu, wieder geht es nicht menschlich, wieder geht es nicht christlich zu. Was steht auf dem Spiel? Eigentlich steht die gesamte Entwicklungspolitik auf dem Spiel, einschließlich des ehrgeizigen Zieles, bis 2015 die extreme Weltarmut zu halbieren. Was – genauer ausgedrückt – heißen soll: Die Zahl der extremen Weltarmen zu halbieren.

Die allerernsteste Situation ergibt sich in den 52 Staaten Afrikas. Deren Wirtschaft und Kameralistik hat sich in einem Maße verschlechtert und herunterentwickelt, dass uns Hören und Sehen vergehen würde: Wenn, ja wenn wir wirklich nach Afrika schauen würden.

Wir müssen die Agrarsubventionen abbauen. Wir müssen Afrika einen freien Handel ermöglichen, trade and aid. Wer meint, dass das ja bei unseren ständigen Sonntagsreden selbstverständlich wäre, hat sich dramatisch geirrt.

Vor der nächsten WTO/Doha-Runde haben die 25 Mitgliedsstaaten der EU sich bemüht, durch eine markige Kommuniquésprache zu vermeiden, etwas konkret zu sagen. Die EU hat in Brüssel ihre "Entschlossenheit" bekundet, die Verhandlungen in der WTO abzuschließen. Damit sei, so schreibt die Frankfurter Allgemeine, die Auseinandersetzung nur vertagt. Der französische Außenminister Barrière hatte verlangt, dass der Kommission konkrete Anweisungen für die Landwirtschaft mitgegeben werden für diese neue Phase der WTO/Doha-Runden. Was das heißt, ist eindeutig: Auf die handelshemmenden Subventionen für die Landwirtschaft Europas will man immer noch nicht ganz verzichten.

"Tödliche Hilfe"

Der Doyen der deutschen universitären Entwicklungspolitik, Prof. Franz Nuscheler, hat mit wohlthuender Klarheit schon vor Jahren die Heuchelei aufgespießt: "Die EU hat durch ihren Agrarprotektionismus den Entwicklungsländern mehr Schaden zugefügt als alle ihre Hilfsprogramme wiedergutmachen konnten." Er fügt hinzu: Die EU habe mit Dumpingpreisen "Erzeugerpreise in den Entwicklungsländern" unterboten und ihnen Exportmärkte streitig gemacht. "Sie hat mit ihrer Nahrungsmittelhilfe aus Überschußbeständen tatsächlich 'tödliche Hilfe' geleistet, weil sie den Nomaden im Sahel Raum die Absatzmärkte in den westafrikanischen Küstenregionen wegnahm". Die Entwicklungspolitik der Europäer, so werden Experten nicht müde zu betonen, habe ein riesengroßes Kohärenzproblem: Sie gibt mit der einen Hand großartige Wohltaten und richtet mit der anderen Hand Schaden an.

Entwicklungspolitik ist "objektiv verlogen"

Man darf den Bundespräsidenten Horst Köhler genau so verstehen: diese Politik ist unehrlich, um ein schlimmeres Wort zu vermeiden. Und: sie ist das Gegenteil von Großzügigkeit. Ich würde für mich sagen, diese Politik ist objektiv verlogen.

Umso mehr, als wir diese Erkenntnis seit 25 Jahren mit uns herumschleppen, jeder neue Minister und jeder neue Verantwortliche in Europa erkennt diese unehrliche Manipulation. Keiner ändert sie. Bis zum August 2004 jedenfalls.

Die Agrarsubventionen waren immer schon der hässliche Widerspruch zu dem, was wir eigentlich immer mit Entwicklungs-Politik gemeint haben. So degenerierte die Entwicklungs-Hilfe zu einer Form der Hilfe, die nach dem Motto von Kurt Tucholsky: von Zeit zu Zeit so tut, als ob sie täte ...

Sie tut aber nicht. Die Agrarsubventionen rührt keiner an. Alle bemühen sich, gehen an die für Deutschland irrelevanten Baumwollsubventionen heran, aber die Agrar-Subventionen werden nicht in absehbarer Zeit gekillt. Wir alle wissen, dass diese Subventionen mehr Entwicklung verhindert als befördert haben. Die Nahrungsmittelhilfe, die sich ja auch aus den subventionierten Beständen herleitet, war wirklich tödliche Hilfe. Aber auch das Rindfleisch aus Rosenheim in Bayern, das in dem bayerischen Musterländle Afrikas Togo landete und dort den Markt eroberte, konnte das ja nur, weil die EU die Preise so heruntersubventionierte, dass die bayerischen Landwirte die größeren Chancen auf dem Togo Markt hatten.

Kluft zwischen der "einen" und der "anderen" Welt

Die exorbitante Kluft zwischen der einen, unserer Welt und der anderen Welt, der der Habenichtse und Schmuttelkinder zeigt mit großer Macht, wie unterschiedlich wir die Rechte von Menschen bemessen, je nachdem ob sie zu unserer euro-atlantischen Welt gehören, weiß sind und ordentliche wohlstandige Pässe haben, oder ob sie nur Menschen aus den Ländern sind, in denen sich die Füchse am Abend Gute Nacht sagen.

Alle großen und pathetischen Appelle und auch das Millenniumsziel der Halbierung der extremen Weltarmut werden wir nur erreichen, wenn wir mit dem größten Sorgenkontinent Afrika klar kommen. Viele der 52 Staaten Afrikas sind kollektive Sozialfälle, sie leben bis zu 40 bis 50 Prozent von Geldern, die die Weltbank oder der IWF bewilligt. Das gegenwärtige Staatsbudget der Demokratischen Republik Kongo beläuft sich auf gerade einmal 340 Mio. Dollar. Das ist dreimal so viel

wie das Budget der kleinen 70.000 Einwohner Gemeinde Troisdorf im Rheinland, in der ich mein bürgerliches Leben führe.

Kontinent mit den meisten Sorgen

Afrika kommt mit Macht hoch, aber nicht als Hoffnungsträger, sondern als Bedrohung. Als Drohung einer riesigen Menschenmasse, die da an die Küsten der südlichen EU Länder am Mittelmeer schwappt. Afrika ist der Kontinent mit den meisten Sorgen, mit den größten und fast unlösbaren Problemen, mit den größten Ausweglosigkeiten und dann noch mit einem Phänomen, mit dem die Welt noch nicht fertig geworden ist: Mit "failed states", mit "gescheiterten Staaten". Also mit Ländern, die ihre Existenz verloren haben. Somalia gibt es nur noch auf der Landkarte, aber nicht mehr auf der Liste der UNO-Staaten. Es hat keine staatliche Form mehr, keine Regierung, keine Botschaften. Das war in der modernen Zivilisation und dem Bau der Staatengemeinschaft nicht vorgesehen. Ob man bei Liberia, Sierra Leone, bei der Demokratischen Republik Kongo und beim Sudan von einem Staat in unserem definierten Sinne sprechen kann, ist zweifelhaft.

Deshalb bedarf es einer ganz neuen und gewaltigen Anstrengung, dem Kontinent unter die Arme zu greifen.

*Dr. Rupert Neudeck, Vorsitzender von
Grünhelme e.V. und Begründer von Cap Anamur*

Das ZdK hat sich in seiner Erklärung "Agrarpolitik muss wieder Teil der Gesellschaftspolitik werden. Plädoyer für eine nachhaltige Landwirtschaft" dafür ausgesprochen, die handelsverzerrenden Subventionen auf EU-Ebene mittelfristig abzuschaffen, um den Entwicklungsländern eine Chance auf dem Weltmarkt zu geben.

Gleichzeitig hat es gefordert, dem Höfesterben in Deutschland entgegenzuwirken und den Landwirten hierzulande neue wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Denn der Anteil des Verkaufserlöses der Landwirtschaft an den Ausgaben für Lebensmittel sinkt bis heute stetig und viele Landwirtinnen und Landwirte müssen ihre Betriebe aufgeben.

Beziehen können Sie die Erklärung beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn, Tel.: 0228/38297-0 oder unter www.zdk.de/erklarungen.

Christen für Europa

Treffen Europäischer Christen in Lille

Einen ausdrücklichen Gottesbezug wird der zur Zeit in den einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Union zur Beratung vorliegende Entwurf für eine gemeinsame Verfassung wohl nicht mehr bekommen. So sehr dies zu bedauern ist, darf doch nicht übersehen werden, wie groß die Zahl der Bürgerinnen und Bürger ist, die sich der christlichen Tradition bewusst sind, welche die erweiterte Union bis heute prägt. Dieses Bewusstsein wollen diese Menschen für die Gestaltung der europäischen Zukunft fruchtbar machen. Überdeutlich wird dies in den immer wieder unternommenen Versuchen, jenen Gottesbezug etwa in Anlehnung an die polnische Verfassung, doch noch in den Entwurfstext für eine europäische Verfassung zu integrieren, durch Initiativen im Konvent, Interventionen der beiden großen Kirchen bis hin zu den vielen Unterschriftenlisten engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Vordergründig ist dieses Engagement offenkundig ins Leere gelaufen und Länder wie etwa Frankreich haben ob ihrer laizistisch geprägten Geschichte, die Aufnahme eines Gottesbezuges dann doch noch verhindert. Bei näherer Betrachtung aber hat sich jenes Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln, welches von vielen überzeugten Menschen nachdrücklich zum Ausdruck gebracht wurde, wohl doch gelohnt. Denn es macht deutlich, dass mit den Christinnen und Christen zu rechnen ist, wenn es um die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gemeinschaft aus europäischen Staaten gehen wird.

Es liegt in der Natur der Sache und entspricht der Überzeugung verantwortungsbewusster Christen, dass es eine fast unüberschaubar große Anzahl von Arbeitsfeldern gibt und geben wird, für deren Gestaltung das Bewusstsein der christlichen Wurzeln und Werte unabdingbar ist. Da ist die Frage nach dem Menschenbild, welches Maßstab sein soll für die Gestaltung der Europäischen Union und die damit eng zusammenhängende Frage nach dem Stellenwert von Familie. Da steht die Frage im Raum nach der Verantwortung für die Sicherung des weltweiten Friedens angesichts der eigenen, über Jahrzehnte währenden weitgehend friedlichen Vergangenheit und die Frage danach, welche Verantwortung Europa bei

der Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung und bei der Armutsbekämpfung übernehmen soll. Alles Fragen, die die ureigenste Kompetenz christlicher Überzeugungen in der Vergangenheit herausgefordert hat und in Zukunft ohne jeden Zweifel herausfordern wird. Es besteht also begründete Hoffnung, dass die anstehenden Fragen mit Hilfe des überzeugten christlichen Engagements vieler Menschen auch verantwortlich beantwortet werden und einer friedlichen Zukunft Europas damit nichts im Wege steht.

An diesen christlichen Optimismus gilt es anzuknüpfen, wie es das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) seit Jahren mit seinem Einsatz für eine verantwortliche Gestaltung Europas gemeinsam mit seinen Partnerorganisationen unternimmt. Die Christen im ZdK und den anderen europäischen Laienorganisationen sind davon überzeugt, dass sie sich nicht zufrieden geben können "mit einem vereinten Europa in einer zerrissenen Welt, mit einem friedlichen Europa in einer konflikträchtigen Welt, mit einem reichen Europa in einer Welt, die konfrontiert ist mit der Herausforderung der Armut" (Abschlusserklärung des vom ZdK veranstalteten Europäischen Kolloquiums in Berlin vom 28.2. bis zum 2.3.2002 in Berlin).

Aus diesen Gründen laden das ZdK, die Semaines Sociales de France und ihre europäischen Freunde Christinnen und Christen in die Kulturhauptstadt Europas nach Lille ein, um zusammen mit europäischen Persönlichkeiten aus Kirche, Politik und Gesellschaft über die gemeinsamen Herausforderungen eines zusammenwachsenden Europas nachzudenken. Es wird Gelegenheit geben, über die Sorgen und Ängste zu sprechen, die die Menschen bewegen. Zugleich aber wird Raum dafür sein, sich über die Hoffnung auszutauschen, die uns Christen aufgrund unseres Glaubens an Jesus Christus bewegt. Christen wollen Europa nicht verzagt, sondern zuversichtlich mitgestalten.

"Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft" – Treffen europäischer Christen in der Kulturhauptstadt Europas vom 23. bis zum 26. September 2004.

Nähere Informationen erhalten Sie im Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn: 0228/38297-0 oder info@zdk.de.



